



change | reader

Demographischer Wandel Zukunft des Wohnens

change|reader

Demographischer Wandel

Zukunft des Wohnens

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Reihe change | reader

Band Demographischer Wandel – Zukunft des Wohnens

E-Book zum Magazin *change* Ausgabe 1/2011

© 2011 E-Book-Ausgabe

Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Bertelsmann Stiftung

Umschlagabbildung: Veit Mette, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-376-6 (PDF)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

www.bertelsmann-stiftung.de/ebooks

www.change-magazin.de

Inhalt

Vorwort

Familie. Bildung. Vielfalt. (Leseprobe)

Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demographische Wandel und die neue Familienpolitik

Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten (Leseprobe)

Strategien lokaler Politik für Familien in unterschiedlichen Sozialräumen

Initiieren – Planen – Umsetzen (Leseprobe)

Themen kommunaler Seniorenpolitik – eine Auswahl

Demographiesensible Strukturentwicklung – Umsetzung seniorengerechter Infrastruktur- und Stadtplanung

Wie wollen Senioren wohnen? Umsetzung bedarfsgerechter Wohnangebote in den Kommunen

Gut im Alter zu Hause leben können – Kommunale Unterstützung zur Umsetzung komplementärer und sozialer Dienste

Qualitätssicherung der häuslichen Pflege – Die mögliche Rolle der Kommunen

Was demenziell Erkrankte brauchen – Auf dem Weg zu einer demenzfreundlichen Kommune

Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden (Leseprobe)

Einführung

Ergebnisse der Einzelfallanalysen (Beispiel Stiftung Liebenau)

Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen

Vorwort

Der demographische Wandel wird viele Lebensbereiche unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten grundsätzlich verändern. Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme sind ebenso absehbar wie auf politische Entscheidungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Betroffen davon sind alle Bevölkerungsgruppen, ob alt oder jung. Die Entwicklungstrends des demographischen Wandels, ihre Folgen und mögliche Handlungskonzepte sind deshalb wichtige Themen in der Projektarbeit der Bertelsmann Stiftung.

Der E-Book-Reader ergänzt die Schwerpunktausgabe „Demographischer Wandel“ unseres Magazins *change* im März 2011. Sie finden hier Auszüge aus Büchern des Verlags Bertelsmann Stiftung. Weitere Informationen dazu unter www.bertelsmann-stiftung.de/verlag. Wie werden wir in Zukunft wohnen? In diesem Reader finden Sie Informationen darüber, wie die Infrastruktur- und Stadtplanung in Kommunen sich auf die veränderten demographischen Verhältnisse einstellt und wie beispielsweise neue Wohnmodelle für Senioren aussehen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Karin Schlautmann

Leiterin Kommunikation

der Bertelsmann Stiftung

Familie. Bildung. Vielfalt. (Leseprobe)

Auszug aus:

Bertelsmann Stiftung, Bundespräsidialamt (Hrsg.)

Familie. Bildung. Vielfalt.

Den demographischen Wandel gestalten

Gütersloh 2009

ISBN 978-3-86793-043-7

© Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Zeit, Infrastruktur und Geld: Der demographische Wandel und die neue Familienpolitik

Hans Bertram

Seit 30 Jahren werden in den meisten hoch entwickelten Industriegesellschaften deutlich zurückgehende Geburtenraten beobachtet. Parallel dazu werden seit Langem in Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik die Konsequenzen des demographischen Wandels für die Gesellschaft diskutiert. In der Rentenpolitik oder der Arbeitsmarktpolitik wurden auch Strategien entwickelt, um auf diesen Wandel zu reagieren, etwa bei der Veränderung der Lebensarbeitszeit oder der Berechnung der Ansprüche aus der Rentenversicherung. In der Arbeitsmarktpolitik wurde lange darauf gesetzt, durch die stärkere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben angemessen auf diese Veränderungen reagieren zu können. Familienpolitik hat in diesem Kontext nur selten eine Rolle gespielt, obwohl ein erfolgreicher Umgang mit den Konsequenzen des demographischen Wandels sowohl in der Rentenpolitik wie in der Arbeitsmarktpolitik überhaupt nur möglich ist, wenn die Leistungen der Familie für die Gesellschaft, nämlich die Fürsorge für andere, die Sozialisation der Kinder und die ökonomischen Leistungen der Familie für ihre Mitglieder, auch unter den veränderten demographischen Bedingungen erbracht werden können. Hier werden die wichtigsten demographischen Veränderungen in ihrer Bedeutung für die Familienentwicklung dargestellt und die daraus abzuleitenden politischen Konsequenzen skizziert.

Geburtenentwicklung und Alterung: Zwei demographische Prozesse

Der Rückgang der Geburtenraten wurde nicht nur durch die demographische Forschung dokumentiert und diskutiert, sondern auch in einer Fülle von Planungsdokumenten vieler Ministerien und Unternehmen; zudem gab es in vielen europäischen Ländern immer wieder Versuche, diese Entwicklung durch politische Maßnahmen zu beeinflussen. Die Einführung des »Elternurlaubs« Mitte der 80er Jahre war mit der Hoffnung verbunden, eine solche Maßnahme könne dazu beitragen, vorhandene Kinderwünsche zu realisieren.

Die Diskussionen der 80er Jahre waren sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie in Medien und Politik vor allem fachspezifisch ausgerichtet und bezogen sich nur auf wenige Politikbereiche. Zentrale und wichtige Theorien, etwa des »Zweiten demographischen Übergangs« (Lesthaeghe 1992), die zunehmenden Individualisierungsprozesse bei Entscheidungen für Kinder (Birg 2001), aber auch die Frage nach den Konsequenzen der veränderten Stellung der Frau und Mutter in der modernen Gesellschaft (Bianchi, Robinson und Milkie 2006), die noch heute eine hohe wissenschaftliche Bedeutung haben, wurden allenfalls innerhalb von Demographie und Familienforschung diskutiert, ohne darüber hinaus andere wissenschaftliche Fachdisziplinen oder die politische Öffentlichkeit zu erreichen. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Bücher über die »demographische Zeitwende« (Birg 2001) oder über die »leere Wiege« (Longman 2004) erreichen ein breites Publikum ebenso wie die Medien und die Politik.

Der Geburtenrückgang und die Alterung der modernen Gesellschaften werden in der öffentlichen Debatte auch deswegen häufig gemeinsam behandelt, weil beide Prozesse auf den ersten Blick parallel verlaufen sind. 1957 lebten bei der Einführung der dynamischen Alterssicherung in Westdeutschland 17 Prozent 60-Jäh-

rige und Ältere; ab etwa 1972 gingen die Geburtenraten in Westdeutschland bei gleichzeitig deutlichem Anstieg der Lebenserwartungen drastisch zurück. Lag die Geburtenrate (TFR) um 1960 noch bei 2,36 Kindern pro Frau, war sie 1980 auf 1,56 und 1998 auf nur noch 1,36 Kinder pro Frau gesunken. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Lebenserwartung der Frauen von 74 auf über 80 Jahre.

Das zeitlich gemeinsame Auftreten dieser beiden Prozesse erweckt beim unbefangenen Beobachter den Eindruck, beide Prozesse seien kausal miteinander verknüpft, obwohl die historische Demographie (Livi-Bacci 1979; Laslett 1977; Mitterauer und Sieder 1991; Imhof 1981) schon Anfang der 80er Jahre nachgewiesen hat, dass die Alterungsprozesse in den modernen Gesellschaften zunächst auf die deutliche Verringerung der Säuglingssterblichkeit und zum zweiten auf die zunehmende Lebenserwartung zurückzuführen sind. Das ist nicht allein der gesünderen Lebensführung der Gesellschaft oder dem medizinischen Fortschritt zuzurechnen, sondern auch der Tatsache geschuldet, dass in langen Friedenszeiten die Sterbewahrscheinlichkeit der Männer deutlich zurückgeht. Das gilt besonders für Länder wie Deutschland oder Finnland, die im Zweiten Weltkrieg besonders hohe Verluste erlitten haben (Eurostat 2004). All diese Faktoren haben mit den konkreten Fertilitätsraten der einzelnen Generationen wenig zu tun.

Allerdings haben manche Betrachtungsweisen in den demographischen Arbeiten selbst dazu beigetragen, hier immer wieder einen engen kausalen Zusammenhang herzustellen. Viele demographische Analysen (BMFJ 1968; Birg 2001) haben immer wieder betont, zur Bestandssicherung einer Bevölkerung seien 2,1 Kinder pro Frau erforderlich, und wenn diese Zahl nicht erreicht werde, sei eine Überalterung der Gesellschaft nicht abzuwenden. Diese Argumentation ist aber nur dann richtig, wenn es einerseits keinerlei Migrationsprozesse gibt und andererseits der Altersaufbau der Bevölkerung grundsätzlich stabil bleibt. Beide Annahmen sind

aber nicht realistisch, weil Europa immer ein wandernder Kontinent war (Braudel 1986) und der Altersaufbau von Bevölkerungen durch viele Faktoren beeinflusst wird, wie wirtschaftliche Entwicklung, politische Ereignisse, die Länge von Friedensphasen und seit dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich durch die gesündere Lebensführung sowie den medizinischen Fortschritt.

Der zweite demographische Übergang: Familienpolitik als Gleichstellungspolitik

Der Geburtenrückgang Anfang der 70er Jahre wird als zweiter demographischer Übergang bezeichnet, weil es schon Ende des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts einen deutlichen Rückgang der damals noch höheren Geburtenraten gegeben hat. Da nach dem Zweiten Weltkrieg aber in den meisten europäischen Ländern, den USA, Australien, Kanada und Neuseeland ein deutlicher Geburtenanstieg zu verzeichnen war, der dann wiederum von einem entsprechenden Geburtenrückgang abgelöst wurde, wird dieser zweite Geburtenrückgang von dem ersten unterschieden, weil sie zeitlich auseinanderliegen und die Erklärungen unterschiedlich sind.

Wird der erste Geburtenrückgang mit der zunehmenden Verstädterung und der damit einhergehenden Landflucht insbesondere der jüngeren Bevölkerung, den Kriegen, dem deutlichen Anstieg der Industriearbeitsplätze, die im Wesentlichen männlich dominiert waren, und nicht zuletzt mit den vielen wirtschaftlichen Einbrüchen jener Zeit erklärt (Tyler-May 1993), so wird der zweite demographische Übergang als Ergebnis der tief greifenden kulturellen Umbrüche und Veränderungen im Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft interpretiert (Lesthaeghe 1992). Die zunehmende Integration von Frauen und Müttern in das Erwerbsleben und die damit einhergehende ökonomische

Tabelle 1: Periodenfertilität in 21 OECD-Ländern, 1960, 1980, 1998 und Veränderungen zwischen den Messzeitpunkten

| | 1960 | 1980 | 1998 | 1960 bis 1980 | 1980 bis 1998 |
|-----------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Australien | 3,48 | 1,89 | 1,76 | -1,59 | -0,13 |
| Kanada | 3,90 | 1,73 | 1,62 | -2,17 | -0,11 |
| Irland | 3,73 | 3,24 | 1,93 | -0,49 | -1,31 |
| Neuseeland | 4,24 | 2,01 | 1,92 | -2,23 | -0,09 |
| Großbritannien | 2,69 | 1,90 | 1,71 | -0,79 | -0,19 |
| USA | 3,65 | 1,85 | 2,07 | -1,80 | 0,22 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>3,61</i> | <i>2,10</i> | <i>1,83</i> | <i>-1,51</i> | <i>-0,28</i> |
| Dänemark | 2,54 | 1,55 | 1,72 | -0,99 | 0,17 |
| Finnland | 2,71 | 1,63 | 1,70 | -1,08 | 0,07 |
| Norwegen | 2,90 | 1,72 | 1,81 | -1,18 | 0,09 |
| Schweden | 2,13 | 1,68 | 1,50 | -0,45 | -0,18 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,57</i> | <i>1,65</i> | <i>1,69</i> | <i>-0,92</i> | <i>0,04</i> |
| Österreich | 2,69 | 1,65 | 1,34 | -1,04 | -0,31 |
| Belgien | 2,58 | 1,68 | 1,59 | -0,90 | -0,09 |
| Frankreich | 2,73 | 1,95 | 1,76 | -0,78 | -0,19 |
| Deutschland | 2,36 | 1,56 | 1,36 | -0,80 | -0,20 |
| Italien | 2,41 | 1,64 | 1,20 | -0,77 | -0,44 |
| Niederlande | 3,12 | 1,60 | 1,63 | -1,52 | 0,03 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,65</i> | <i>1,68</i> | <i>1,48</i> | <i>-0,97</i> | <i>-0,20</i> |
| Griechenland | 2,28 | 2,22 | 1,29 | -0,06 | -0,93 |
| Portugal | 3,01 | 2,25 | 1,46 | -0,76 | -0,79 |
| Spanien | 2,86 | 2,20 | 1,16 | -0,66 | -1,04 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,72</i> | <i>2,22</i> | <i>1,30</i> | <i>-0,50</i> | <i>-0,92</i> |
| Schweiz | 2,44 | 1,55 | 1,47 | -0,89 | -0,08 |
| Japan | 2,00 | 1,75 | 1,38 | -0,25 | -0,37 |
| <i>Familiendurchschnitt</i> | <i>2,88</i> | <i>1,87</i> | <i>1,59</i> | <i>-1,01</i> | <i>-0,28</i> |

Quelle: Castles 2002: 24, Table 1, eigene Darstellung in deutscher Sprache

Emanzipation der Frauen, die zunehmend bessere Bildung, die im Lebenslauf mehr Optionen auf Teilhabe an unterschiedlichen Lebensbereichen eröffnet, sind Faktoren, die sich als Erklärungsmuster in den meisten Theorieansätzen finden.

Beim Vergleich der Fertilitätsentwicklung in den OECD-Ländern zwischen 1960 und 1980 waren die größten Rückgänge in den angelsächsischen Ländern mit Ausnahme Irlands zu beobachten, während die nordeuropäischen und die mitteleuropäischen Länder geringere Rückgänge hatten und die südeuropäischen Länder Griechenland, Portugal und Spanien die geringsten Verluste aufwiesen (D'Addio und Mira d'Ercole 2005).

Für die Annahme, die Geburtenrückgänge in dieser Zeit seien eher auf generelle Faktoren, die für alle OECD-Länder zuträfen, zurückzuführen, spricht die Tatsache, dass völlig unabhängig von der politischen Verfasstheit des jeweiligen Landes und der jeweiligen politischen Orientierung in diesen Ländern die Fertilität in diesem Zeitraum relativ gleichförmig zurückging. Dänemark als ein eher traditionell sozialdemokratisches Land erlebte einen Rückgang von 2,54 Geburten im Jahr 1960 auf 1,7 Geburten 1980 und verzeichnete damit einen etwas größeren Geburtenrückgang als Deutschland, das im gleichen Zeitraum einen Rückgang um 0,8 Kinder pro Frau erlebte. Aber die Differenzen zwischen diesen beiden Ländern sind ähnlich gering wie die Differenzen zu Frankreich, das in dieser Zeit einen Geburtenrückgang von nur 0,78 Kindern pro Frau erlebte. Die unterschiedlichen Geburtenraten dieser Länder im Jahr 1980 erklären sich nicht aus den unterschiedlichen Rückgängen, sondern aus den unterschiedlichen Geburtenraten 1960. Da 1960 Frankreich etwa 2,73 Kinder pro Frau als Geburtenrate aufwies, ergibt sich bei gleichem Rückgang wie in Deutschland bis 1980 notwendigerweise eine höhere französische Geburtenrate als in Deutschland. Dasselbe gilt für die USA, wo der Geburtenrückgang in dieser Zeit fast doppelt so hoch war wie in Deutschland, nämlich 1,85 Kinder pro Frau; da aber 1960 die

USA 3,65 Kinder pro Frau hatten, lag die Geburtenrate 1980 immer noch bei 1,85 Kindern pro Frau.

Andere Länder, etwa Japan und Schweden, die 1960 sowohl in ihren familiären Lebensformen wie auch in ihren politischen Strategien hinsichtlich Familie, Kindern und Beruf sehr gegensätzlich orientiert waren, erlebten ähnliche vergleichsweise geringe Geburtenrückgänge von einem allerdings eher niedrigen Ausgangsniveau. Angesichts dieser Entwicklungen ist daher gut nachzuvollziehen, dass die Frage der politischen Beeinflussbarkeit solcher Prozesse überwiegend skeptisch beurteilt und davon ausgegangen wird, dass individuelle und biographische Entscheidungen im Lebensverlauf für solche Entwicklungen ursächlich sind.

Hakim (2003) erklärt diese relativ unabhängig von den jeweiligen politischen Konzeptionen in den einzelnen Ländern zu beobachtenden Entwicklungen im Wesentlichen damit, dass die Einführung der chemischen Mittel zur Verhütung einer Schwangerschaft zu einem kulturellen Bruch oder sogar zu einer »kulturellen Revolution« bei der Entscheidung für Kinder geführt habe. Traditionellerweise lag die Entscheidung für Kinder und auch für die Zahl der Kinder in den Händen des Paares oder auch allein in der Entscheidungsgewalt des Mannes. Denn viele kulturelle Traditionen formulierten für die Ehefrau die »Pflicht zur Sexualität« mit dem Ehemann mit der Konsequenz, dass die Entscheidung für Kinder entweder allein beim Mann oder aber in einem Aushandlungsprozess zwischen Mann und Frau lag. Auch die früher vorhandenen und auch genutzten Verhütungsmittel setzten immer die aktive Beteiligung des Mannes an der Verhütung voraus. Hakim zeigt, dass durch die Einführung der Antibabypille und deren gesetzliche Freigabe diese Entscheidung nun allein bei der Frau liegt. Dadurch befreiten sich die Frauen davon, sich kulturellen Erwartungen und Traditionen zu unterwerfen, und konnten jetzt subjektiv und aus individueller Perspektive Kinderwünsche und andere Vorstellungen über die Teilhabe an der Gesellschaft selbst entscheiden.

Diese Interpretation findet auch darin ihre Stützung, dass Länder wie Irland oder die südeuropäischen Länder ganz ähnliche Geburtenrückgänge erlebten wie die anderen OECD-Staaten, nachdem auch dort die Antikonzeptiva zugelassen worden waren.

Wie auch immer die Argumente von Hakim im Einzelnen einzuschätzen sind, so ist ihre Betonung der individuellen Präferenzen insbesondere der Frauen familienpolitisch von geradezu überragender Bedeutung. Denn in vielen europäischen Ländern werden familienpolitische Maßnahmen damit begründet, dass es Aufgabe der Familienpolitik sei, den jungen Erwachsenen zu ermöglichen, die Kinder, die sie sich wünschen, auch zu realisieren. Ohne Frage ist diese Begründung nur dann stichhaltig, wenn es bei Frauen und Männern entsprechende Präferenzen für Kinder gibt, die aufgrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht realisiert werden. Vergleicht man nun die Geburtenentwicklungen zwischen 1980 und 1998, so gilt für die meisten Länder, dass der Geburtenrückgang viel geringer ausfiel als in der Zeit davor, dass aber besonders die nordeuropäischen Länder eine Stabilisierung oder sogar einen leichten Anstieg der Geburtenzahlen erreichen konnten, ebenso wie übrigens auch die USA.

Aus diesen sehr unterschiedlichen Entwicklungen nach 1980 sind eine Reihe von theoretischen Schlüssen gezogen worden, etwa der Versuch, die Länder entsprechend ihrer politischen Grundorientierungen zu typologisieren und die unterschiedlichen Entwicklungen aus dieser Typologie heraus zu begründen. Am bekanntesten davon ist vermutlich der Versuch von Esping-Anderson (1990), sozialdemokratische Länder besonders in Nordeuropa, liberale Länder, wie die USA, Großbritannien und Kanada, von den mitteleuropäischen, in seinen Augen »korporatistischen« Ländern und den konservativen südeuropäischen Ländern abzugrenzen. So theoretisch schlüssig solche Typologien zunächst scheinen, so zeigen die konkreten Geburtenraten, dass sich die einzelnen Länder bei gleichem Typus sehr unterschiedlich entwickelt haben. Großbri-

tannien und die USA wurden in dieser Zeit von konservativen Amtsinhabern ohne eine aktive Familienpolitik regiert, haben aber bei den Geburtenzahlen völlig unterschiedliche Entwicklungen genommen, wie sich auch die nordeuropäischen Länder insgesamt sicher nicht gleichförmig entwickelt haben.

Sinnvoller ist es daher, davon auszugehen, dass spezifische Strategien, die in den jeweiligen Ländern hinsichtlich der Förderung der Teilhabe von Frauen an den verschiedenen Lebensbereichen der Gesellschaft angelegt waren, als Ursache für diese unterschiedlichen Entwicklungen angesehen werden können. Denn die USA ohne eine eigentliche Familienpolitik haben ebenso wie die nordeuropäischen Länder viel daran gesetzt, den Mädchen und Frauen die Möglichkeit zu geben, sich in gleicher Weise zu qualifizieren wie die Jungen und Männer, und haben gleichzeitig auch stärker als beispielsweise in Deutschland darauf gesetzt, Frauen durch die Integration in das Erwerbsleben die Möglichkeit zu geben, ökonomisch auf eigenen Füßen zu stehen.

Vor diesem Hintergrund ist die These zu formulieren, dass eine Familienpolitik, die bewusst demographische Entwicklungen berücksichtigen will, nur als Gleichstellungspolitik konzipiert werden kann. Denn wenn heute auf der einen Seite die Präferenzen der jungen Frauen für die Entscheidung für Kinder die Bedeutung haben, wie sie Hakim zu Recht vermutet, und wenn gleichzeitig moderne, hoch entwickelte Gesellschaften alles daran setzen, dass die nachwachsende Generation unabhängig vom Geschlecht die Möglichkeit hat, sich entsprechend ihren eigenen Kompetenzen so zu entwickeln, um an den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben, dann folgt daraus, dass eine Familienpolitik, die die Rahmenbedingungen zu schaffen sich bemüht, um die vorhandenen Kinderwünsche auch zu verwirklichen, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie eine gleichberechtigte Teilhabe von jungen Frauen und jungen Männern an Bildung, Beruf und Familie ermöglicht. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass die jun-

gen Frauen ihre individuellen Präferenzen in Bezug auf Kinder auch realisieren können und sich nicht vor die Alternative gestellt sehen, entweder das eine oder das andere zu verwirklichen. Daher ist eine nachhaltige Familienpolitik unter einer demographischen Perspektive nur als eine Gleichstellungspolitik vorstellbar.

Zeit im Lebensverlauf

Wenn die Möglichkeiten von Männern und Frauen verglichen werden, in der modernen Gesellschaft an unterschiedlichen Lebensbereichen in gleicher Weise zu partizipieren, so ist heute für die meisten hoch entwickelten Industriegesellschaften davon auszugehen, dass die Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen in der allgemeinen Bildung wie auch bei der beruflichen Qualifikation überwunden ist. Denn in den meisten Ländern übertreffen die jungen Frauen bei den allgemeinen Abschlüssen inzwischen ihre männlichen Altersgenossen, und auch bei der Berufsausbildung sind geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf individueller Ebene nicht mehr vorhanden. Demgegenüber hat sich jedoch die Einstufung typisch weiblicher und männlicher Berufe hinsichtlich des Einkommens und der gesellschaftlichen Anerkennung bisher nur wenig geändert (England, Allison und Wu 2007). Trotz gleicher individueller Qualifikationen und der ausgeprägten Bereitschaft, sich beruflich zu engagieren, ist zumindest für Deutschland, aber ebenso auch für die meisten europäischen Länder festzustellen, dass selbst dann, wenn zwischen Frauen und Männern insgesamt hinsichtlich ihrer beruflichen Teilhabe nur eine geringe Differenz besteht, zwischen Müttern mit Kindern auf der einen Seite und Vätern, kinderlosen Männern und Frauen auf der anderen Seite erhebliche Unterschiede bestehen (Breiholz et al. 2005).

Nach den Analysen des Siebten Familienberichts (BMFSFJ 2006) hängt dies in Deutschland wesentlich damit zusammen, dass heute

der Prozess der beruflichen Qualifikation, des Eintritts ins Berufsleben und der Möglichkeit, sich im Beruf zu etablieren, im Wesentlichen noch den Mustern entspricht, wie sie Anfang der 50er und 60er Jahre für die Bundesrepublik typisch waren; damit entsteht hier eine von den jungen Erwachsenen kaum lösbare Konfliktsituation zwischen unterschiedlichen Lebensbereichen, die die Teilhabe an beruflichen und familiären Lebensbereichen als Gleichberechtigung der Geschlechter quasi ausschließt. Denn wir gehen in Deutschland davon aus, dass das gesamte spätere Berufsleben wesentlich davon abhängt, welche Qualifikation in der Erstausbildung erreicht wird. Mit der Erstausbildung der Lehre stehen in der Regel andere berufliche Möglichkeiten offen als für diejenigen, die sich für ein Hochschulstudium entscheiden.

Diese Konstruktion ist Ergebnis kultureller und politischer Vorstellungen über die Organisation des Lebenslaufs in der Gesellschaft. In Deutschland herrscht die Auffassung vor, dass in den ersten Lebensjahrzehnten zu lernen ist, um das Gelernte im zweiten Lebensdrittel beruflich umzusetzen und dann im dritten Lebensdrittel die Früchte der Arbeit des zweiten Lebensdrittels zu genießen. In Nordeuropa und den angelsächsischen Ländern erfolgt der Abschluss der ersten Ausbildung in der Regel viel früher als in Deutschland; weitere Abschlüsse werden häufig als berufsbegleitende Qualifikationen erworben.

Die Dreiteilung des Lebenslaufs führt bei den jungen Erwachsenen notwendigerweise zu einer »Rushhour« im Leben, wenn sie sich für Kinder entscheiden wollen. Denn einerseits fallen die Abschlüsse für die hoch und höchst qualifizierten Ausbildungen genau in die Lebensphase, in der in den 50er und 60er Jahren üblicherweise die Familie gegründet wurde. Da heute gleichzeitig der Übergang in das Arbeitsleben nach der qualifizierten Ausbildung aufgrund der unglaublichen Ausdifferenzierung der fachlichen Erwartungen seitens der Arbeitswelt häufig in Form von aneinandergereihten Projekten erfolgt, bevor man sich im Beruf etablieren